



belarus- analysen

<http://www.laender-analysen.de/belarus/>

MACHTPOLITIK

- **ANALYSE**
Machtgruppen in der belarussischen Politik 2
Von Alla Leukavets (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)
- **ANALYSE**
Politische Proteste in Belarus im Jahr 2016 6
Von Vasil Navumau (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

- **CHRONIK**
17. Oktober – 18. Dezember 2016 11

Machtgruppen in der belarussischen Politik

Von Alla Leukavets (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Zusammenfassung

Der Beitrag gibt einen Überblick über zentrale Einflussgruppen in der belarussischen Politik. Dabei wird für den Zeitraum seit Mitte der 1990er Jahren auch der Auf- und Abstieg einzelner Gruppen erfasst. Abschließend werden mit der Elitenrotation und Korruptionsprozessen zwei zentrale Instrumente der informellen Macht-sicherung durch Präsident Aljaksandr Lukaschenka beschrieben.

Einleitung

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenka hat es seit 1994 geschafft, an der Macht zu bleiben, unter anderem durch die Unterstützung der ihn umgebenden politischen und wirtschaftlichen Eliten. Der Prozess der schrittweisen Autokratisierung von Belarus begann nach dem Referendum vom November 1996, als das demokratisch gewählte Parlament des Landes durch die weniger einflussreiche Nationalversammlung ersetzt wurde. Das Referendum von 2004 beseitigte dann die Beschränkung der Amtszeit des Präsidenten.

Die neue Version der Verfassung hat dem Präsidenten weitgehende exekutive und legislative Macht verschafft, er kann nun etwa Dekrete erlassen, die bestehende Gesetze außer Kraft setzen. Außerdem steht der Präsident dem Sicherheitsrat vor, so dass ihm die Leiter der staatlichen Sicherheits- und Militärorgane direkt unterstellt sind. Auf diese Weise etablierte Lukaschenka schrittweise sein eigenes vertikales Kontrollsystem, in dem die wichtigsten Entscheidungskompetenzen an die Präsidialverwaltung übertragen wurden. Der Präsident übernahm nicht nur die zentrale Entscheidungskompetenz, sondern überwachte über die sogenannte Präsidentenvertikale auch direkt ihre Umsetzung. Seine Nomenklatur kontrollierte Lukaschenka durch Einschüchterung, Erpressung und Korruptionsvorwürfe. Wie der Minsker Politikwissenschaftler Walerij Karbalewitsch anmerkte, üben hochrangiger Regierungsangestellte einen der gefährlichsten Berufe in Belarus aus.

Zu dem scheinbar unilateralen System der vertikalen Kontrolle der Politik gehörten jedoch auch mehrere »Clans«, die die Macht des Präsidenten teilweise einschränkten. In der Wissenschaft gibt es keine einheitliche Definition dessen, was im Fall von Belarus einen »Clan« ausmacht. Ausgehend von Alter und politische Orientierung die Eliten in jüngere pragmatische Technokraten und ältere konservative Kräfte unterteilt; unterscheidet man geographischer Herkunft, wird der Mogilew-Gruppe aus der Region, in der Lukaschenka geboren wurde, die wichtigste Rolle zugeschrieben. Nach der Logik von Interessengruppen oder Lobbies gibt es eine landwirtschaftliche Gruppe, eine Gruppe des Bausektors und die *Silowiki*-Gruppe (der Sicherheitskräfte).

Der belarussische Sozialwissenschaftler Witalij Silitzky macht drei Gruppen aus, die Einfluss auf die Formierung von Lukaschenkas System hatten: Der ersten gehören Verbündete aus seiner Heimatregion in der Provinz Mogilew an; die zweite besteht aus den Sicherheitskräften, die seine Gesetze durchsetzen; die dritte umfasst den traditionellen öffentlichen Dienst, die sogenannte Nomenklatura.

Die Mogilew-Gruppe

Lukaschenka stammt aus der Region Mogilew und als er 1994 an die Macht kam, begann das Netzwerk von Beamten aus dieser Region nach und nach, Posten in Regierung, Banken und öffentlichem Rundfunk zu besetzen. Eine der prominentesten Figuren in der Mogilew-Gruppe ist Lukaschenkas enge Freundin Galina Shurawkowa, die von 1999 bis 2001 Vorsitzende der Abteilung Immobilienverwaltung in der Präsidialverwaltung war. Im Grunde verwandelte Shurawkowa die Präsidialverwaltung in ein bedeutendes Geschäfts- und Rent-seeking-System, indem sie etliche Geschäftszweige unter ihre Kontrolle brachte, darunter Tabak- und Zuckerimporte sowie den Handel mit vom Staat beschlagnahmten Waren.

Die Silowiki-Gruppe

Eine weitere Gruppe, zentriert um den Sicherheitsdienst (die Silowiki-Gruppe), gewann an Bekanntheit, als Lukaschenka begann, Elemente eines Polizeistaats in Belarus zu implementieren. Laut einigen Beobachtern spielte diese Gruppe bereits 1994 eine wichtige Rolle, als sie Lukaschenka durch das Sammeln von Beweisen für seine Antikorruptionskampagne half, die Wahl zu gewinnen. Eine der wichtigsten Figuren, die mit dieser Gruppe in Verbindung gebracht werden, ist Viktor Scheiman, der in Waffenexportgeschäften und den Energiesektor involviert war. Die Scheiman-Gruppe hielt lange Zeit eine privilegierte Position in der Lukaschenka-Hierarchie – bis sie in einen Machtkampf mit zwei anderen Einflussgruppen geriet: der oben vorgestellten Shurawkowa-Gruppe und der Viktor-Lukaschenka-Gruppe (Viktor Lukaschenka ist einer der Söhne des Präsidenten).

Die traditionelle Nomenklatura

Die dritte Gruppe besteht aus Beamten der zentralen Bürokratie und lokalen Regierungsangestellten. Der Patron dieser Gruppe soll Michail Miasnikowitsch sein. Miasnikowitsch hat sich in seiner Zeit als Vorsitzender der Präsidialverwaltung einen beträchtlichen Einfluss in der Verwaltung verschafft, wurde dieses Amtes jedoch enthoben, als Gerüchte über seine Pläne aufkamen, bei den Präsidentschaftswahlen 2001 gegen Lukaschenka anzutreten.

Siarhei Bohdan beschreibt tiefe Spaltungen innerhalb der belarussischen Nomenklatura. Bei seiner Analyse der Leitungspositionen macht er die interessante Beobachtung, dass nicht in Belarus geborene und in Russland ausgebildete Personen in den Führungsebenen von Polizei, Militär und KGB stark überrepräsentiert sind, während die meisten »Technokraten« in Belarus geboren und ausgebildet wurden. Weiterhin bemerkenswert ist, dass die meisten belarussischen Offizien bereits im fortgeschrittenen Alter sind sowie dass ihr Alter ein wichtiger Indikator für ihre Meinung ist. Jüngere Minister sind in der Regel liberaler und gemäßiger als ihre älteren Kollegen.

Dominanz der Konservativen

Die meisten Experten sind sich einig, dass die erste Phase der Elitenentwicklung von 1994 bis 2001 stattfand und damit die erste Amtszeit Lukaschenkas umfasst. In dieser Zeit ernannte Lukaschenka Regierungsvertreter aus seiner Heimatregion, wodurch der Mogilew-Clan entstand. Laut Petr Natchyk behielt die alte Elite ihre Schlüsselpositionen in der Wirtschaft im Großen und Ganzen, während bei den Sicherheits- und Militärorganen beträchtliche Wechsel stattfanden. Der »russische Faktor« gewann an Bedeutung, da die Beziehungen zu Russland eine wichtige Ressource der alten Elite darstellten. Da Machtsicherung für den Präsidenten höchste Priorität hatte, gewannen die Sicherheitsorgane zunehmend an Bedeutung. Gleichzeitig brachte Lukaschenka die gesamte politische Sphäre unter seine Kontrolle und machte es unmöglich, gegen das Regime tätig zu werden. Die Eliten standen vor die Wahl, sich entweder komplett ins System zu integrieren oder marginalisiert zu werden.

Die zweite Amtszeit des Präsidenten von 2001 bis 2006 war deshalb vom Erstarken der Silowiki-Gruppe gekennzeichnet. Viktor Scheiman, die Führungsfigur dieser Gruppe, kontrollierte den Staatsapparat lange und war an den repressiven Kampagnen gegen oppositionelle politische Kräfte beteiligt. Er arbeitete im Büro des Generalstaatsanwalts (2000 bis 2004), war dann Vorsitzender der Präsidialverwaltung (2004 bis 2006) und anschließend Sekretär des Sicherheitsrats (2006 bis

2008). Im Januar 2009 wurde er zum Mitarbeiter des Präsidenten für besondere Aufgaben ernannt. Scheiman spielte eine Schlüsselrolle bei der »Sicherheitsfixierung« des Staats. Zu seiner Zeit waren politische Morde und das Verschwinden oppositioneller Aktivisten allgegenwärtig. Dieser politische Kreuzzug richtete sich nicht nur gegen Vertreter von Zivilgesellschaft und Opposition, sondern auch gegen Technokraten und Manager, die eher reformorientierte Ansätze unterstützten und marginalisiert oder Opfer von »Antikorruptionsprozessen« wurden.

Die Konservativen dominierten seit der Formierung des politischen Systems in den 1990er Jahren bis 2006 die politische Landschaft in Belarus. Es gab keinen Druck, Reformen durchzuführen, da die belarussische Wirtschaft mit großzügigen Subventionen aus Russland versorgt wurde und es gab genügend Einkünfte, um alle Mitglieder der Elite zu versorgen.

Aufstieg der Technokraten

Ein Wandel zeichnete sich schon 2004 ab, als sich die Beziehungen zwischen den Präsidenten von Russland und Belarus verschlechterten. In der dritten Amtszeit Lukaschenkas von 2006 bis 2010 kam es dann zu ersten Veränderungen in der Struktur der belarussischen Eliten. Einer der ersten Indikatoren für einen Elitenwechsel war der stetige Abstieg von Viktor Scheiman und seinem Clan. 2006 verlor Scheimans Protegé A. Tozik seinen Posten als Chef des Staatlichen Kontrollausschusses, 2007 wurde die Führung des belarussischen KGB mit neuen Vertretern besetzt, die keine direkte Verbindung zu Scheiman hatten. So verlor Scheiman die Kontrolle über seine wichtigsten Machtpositionen, 2008 wurde er dann vom Posten des Präsidentenberaters für Sicherheitsfragen abgesetzt, angeblich weil die Sicherheitsdienste eine Bombenexplosion bei der Feier zum Unabhängigkeitstag am 3. Juli 2008 nicht verhindert hatten. Durch eine Antikorruptionskampagne gegen hochrangige Regierungsvertreter wurde das konservative Umfeld Scheimans 2008 weiter geschwächt.

Diese »Säuberung« ebnete den Weg für pragmatische Technokraten und Manager wie Uladzimir Makei, der 2008 Chef der Präsidialverwaltung wurde, und Natalia Piatkewitsch, die im Januar 2009 erste stellvertretende Leiterin der Präsidialverwaltung wurde. Beide waren enge Freunde Viktor Lukaschenkas, des Sohns des Präsidenten, der nach Scheimans Entlassung vermutlich seine Position stärkte und Vertreter seines Umfelds in den Staatsapparat zu befördern begann. Die Eliten im Bereich der Wirtschaft wurden ebenfalls ausgewechselt und eine neue Gruppe von Technokraten, der unter anderem der ehemalige Ministerpräsident Siar-

hei Sidorski und sein erster Stellvertreter Uladzimir Siamaschka angehörten, kam an die Macht. Sie waren gegen ein starkes Engagement Russlands in der belarussischen Wirtschaft und unterstützten eine schrittweise wirtschaftliche Liberalisierung.

Obwohl den reformorientierten Elitegruppen mehr Macht zugestanden und entscheidende Schritte in Richtung einer politischen und wirtschaftlichen Liberalisierung unternommen wurden, darunter die Freilassung politischer Gefangener, kehrte das Regime gleich nach den Präsidentschaftswahlen von 2010 zu seiner repressiven Politik zurück. Die Niederschlagung von Protesten bedeutete das Ende einer begrenzten Demokratisierungspolitik in Belarus.

Kosmetische Veränderungen?

2014 erließ Lukaschenka eine Reihe neuer Anordnungen, die die Exekutive und die Leitungen der staatseigenen Unternehmen betrafen. Dabei wurden einige neue Trends sichtbar, auch wenn dieses vor Wahlen übliche Vorgehen nicht die Auswechslung der Nomenklatur zum Ziel hatte, sondern eher ein Rotieren von Posten, um zu verhindern, dass eigenständige Machtzentren ausbilden. Laut Ryhor Astapenia war ein Ergebnis der jüngsten Rotationen innerhalb des Kabinetts der Aufstieg von jungen Bürokraten, welcher andeuten könnte, dass die belarussische Elite in der Lage ist, sich selbst zu erneuern. Der Rückgang der russischen Subventionen und die schlechtere sozioökonomische Lage zwangen das Regime, sich nach neuem qualifiziertem Personal mit der nötigen Expertise umzusehen, das zur Durchführung struktureller Reformen in der Lage ist. Hinzu kommt, dass die Krise in der Ukraine, die zu einer Verbesserung des internationalen Ansehens von Belarus beigetragen hat, die Führung zwang, Experten einzustellen, die sich um das Ansehen des Landes bemühen und es für den Westen attraktiver machen könnten. Diese Änderungen haben aber bisher zu keinen erkennbaren Machtverschiebungen geführt.

Informelle Machtsicherung

Die wichtigsten Akteure in Belarus sind nicht die formell etablierten Institutionen, wie Parlament, Ministerien oder politische Parteien; vielmehr halten lose hierarchische Netzwerke, angeführt von einem mächtigen Patron – dem Präsidenten – die Macht in Händen. Lukaschenka hat sein eigenes Netzwerk von Verbündeten, das er durch ständiges Rotieren ihrer Posten und durch willkürliche Verfolgung komplett kontrolliert, um sicherzustellen, dass keine Gruppe die Macht über wirtschaftliche Ressourcen in einem speziellen Bereich erlangen kann.

Elitenrotation als Kontrollmechanismus

Der Präsident ließ staatliche Angestellte und lokale Gouverneure häufig rotieren, damit sie keine persönliche Macht aufbauen konnten. Michail Myasnikowitsch etwa stand von 1995 bis 2001 der Präsidentschaftsverwaltung vor, wurde jedoch entlassen und zum Präsidenten der Akademie der Wissenschaften gemacht, sobald er seinen bürokratischen Einfluss auszubauen begann. Von 2010 bis 2014 war er dann Ministerpräsident. Uladzimir Makei stand von 2008 bis 2012 der Präsidentschaftsverwaltung vor und wurde dann zum Außenminister ernannt; Andrej Kobyakow war von 2012 bis 2014 Leiter der Präsidentschaftsverwaltung und wurde 2014 zum Ministerpräsidenten. Derartige Rotationen auf der zentralen wie den regionalen Ebenen gehören – vor allem in Wahlkampfzeiten – zu den wichtigsten informellen Spielregeln, mit denen der Präsident seinen Machtanspruch demonstriert.

Korruptionsprozesse

Ein weiterer wichtiger Mechanismus zur Kooptierung und Kontrolle der Eliten, der die Basis des belarussischen Regimes darstellt, waren ständige Antikorruptionsprozesse.

Häufige Säuberungen wurden populistisch ausgenutzt, indem Entlassungen hochrangiger Offizieller oft für viel öffentliche Aufmerksamkeit sorgten und der Präsident in ihrem Zusammenhang als »ehrentvoller Kämpfer für den Volkswillen und gegen die habgierige Elite« dargestellt wurde. So haben die Kämpfe zwischen verschiedenen informellen Gruppen dem Präsidenten gewissermaßen immer wieder auf die gleiche Weise genutzt – indem sie sein Image als Antikorruptionskämpfer stärkten. Dieser Umstand kann auch erklären helfen, warum der Präsident zur Tolerierung von Machtkämpfen bereit war, die auf den ersten Blick seine Autorität zu untergraben scheinen.

Ein typisches Kennzeichen der Korruptionsprozesse ist, dass das Regime den in Ungnade gefallenem Akteuren der Nomenklatura sehr oft vergibt, worauf sie auf einer anderen Position ins Regime zurückkehren. So war es etwa mit Alexander Borowsky, von der staatlichen Raffinerie Belneftechim, der nach einer Verurteilung zu fünf Jahren Haft im Jahr 2008 schon 2009 begnadigt wurde und die Position des Generaldirektors der Traktorenfabrik MAZ bekam; auch Nikolai Worobei von Belneftechim wurde freigelassen und begann bei der Firma Interservice im Ölhandel zu arbeiten; Viktor Scheiman wurde, nachdem er 2008 in einem Korruptionsprozess angeklagt gewesen war, 2009 zum Vorsitzenden der Gemeinsamen Belarussisch-Venezolanischen Kommission ernannt sowie zu Lukaschenkas Spezialgesandtem in Lateinamerika.

Resümee

Stetige Elitenrotation sowie selektive Strafverfolgungen haben es dem Regime ermöglicht, die komplette Kontrolle über die politischen Institutionen und die Wirtschaftseliten zu übernehmen und die politische Opposition zu marginalisieren. Die Staatsverwaltung ist so konstruiert, dass kollektives Handeln kaum möglich ist. Lukaschenka behält die direkte Kontrolle über die Staatsverwaltung und kann Entlassungen populistisch ausnutzen.

Diese internen Spielregeln schaffen eine Situation, in der die Akteure und ihre Präferenzen als Konservative oder Reformer bloß als Fassade eine Rolle spielen, während die letztendliche Entscheidung allein bei Lukaschenka liegt. Der Präsident und seine Verwaltung bilden also das einzige Machtzentrum des belarussischen Regimes.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über die Autorin

Alla Leukavets ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und promoviert an der Bremen International Graduate School of Social Sciences im Rahmen des von der EU geförderten Initial Training Network »Post-Soviet Tensions« (EU FP7/2007-2013 grant agreement No. 316825). Sie ist derzeit beurlaubt und wird mit einem sechsmonatigen Abschlussstipendium für Promovierende durch das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (Berlin) gefördert.

Im Text zitierte Literatur

- Ryhor Astapenia, Young Officials Get Positions, Old Crowd Waits For New Appointments – Belarus Profile Digest, Belarus Digest, 02 December 2014, <<http://belarusdigest.com/story/young-officials-get-positions-old-crowd-waits-new-appointments-belarus-profile-digest-20401>>
- Margarita Balmaceda, Living the high life in Minsk. Russian Energy rents, domestic populism and Belarus' impending crisis, 2014, CEU Press.
- Siarhei Bohdan, Who rules Belarus, Belarus Digest, 31 May 2013, <<http://belarusdigest.com/story/analytical-paper-who-rules-belarus-14192>>
- Henry Hale, Patronal Politics. Eurasian regime dynamics in comparative perspective, Cambridge University Press, 2015.
- Andrei Liakhovich, Belarusian elites – change and authoritarian rule, in: S. Fischer (ed.): Back from the cold? The EU and Belarus in 2009, Institute for Security Studies, Paris 2009, S. 37–48, <www.iss.europa.eu/uploads/media/cp119.pdf>
- Petr Natchyk, Belarusian Nomenclature and Rupture Line in Its Environment. Lukašenka's Staff Policy, in: Belarusian and Political System and Presidential Elections, Minsk: Analytical Group; Warsaw, IDEE, 2001, S. 143–161.
- Vitali Silitsky, The Tsar and his boyars, Transitions Online, 4 June 2004, <<http://www.tol.org/client/article/12212-the-tsar-and-his-boyars.html>>

Politische Proteste in Belarus im Jahr 2016

Von Vasil Navumau (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Zusammenfassung

In den letzten fünf Jahren sind die Protestaktivitäten in Belarus stetig zurückgegangen. Ursache hierfür sind vor allem repressive Gesetze in Bezug auf Protestaktivitäten und entsprechende Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden, die vor allem von 2011 bis 2013 umgesetzt wurden, um politische Aktivisten zum Schweigen zu bringen und den Preis einer Beteiligung an Protesten für die Bürger zu steigern. Es gibt jedoch noch weitere Gründe für den Rückgang von Protesten: die Unfähigkeit der Oppositionsvertreter, die allgemeine Unzufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik in Proteste umzuleiten genauso wie die dramatischen Veränderungen der geopolitischen Situation. Der ukrainische Euromaidan mit der Eskalation von Gewalt ließ die Belarussen vor dem Versuch zurückschrecken, die Lage in ihrem Land mit den Mitteln einer friedlichen Revolution zu verändern, was von 2006 bis 2010 das Hauptziel der Opposition gewesen war. Im Ergebnis waren neben den »üblichen Verdächtigen«, kleinen oppositionellen Gruppen, die Privatunternehmer 2016 die einzige Gruppe, die mit Protesten für ihre Rechte kämpfte, wobei ihre Aktionen ursprünglich ausdrücklich als unpolitisch präsentiert wurden.

Einleitung

Wie der belarussische Politikwissenschaftler Andrei Yahorau bereits 2008 ausführte, fallen die Höhepunkte der Protestzyklen in Belarus seit 1994 in Zeiten der Parlamentswahlen und vor allem der Präsidentschaftswahlen. Aljaksandr Lukaschenka, von einem gewissen Teil der belarussischen Gesellschaft als illegitimer Präsident angesehen, hat die Wahlen immer mit großem Abstand gewonnen, was einige gegen die als unfair angesehenen Wahlen protestieren ließ. Seit 1996 kann jedoch ein schrittweiser Rückgang der Teilnehmerzahl bei Protestaktionen beobachtet werden. Das ließ einige Analytiker zu dem Schluss kommen, dass sich das autoritäre Regime in Belarus mit dem Beginn der 2000er Jahre konsolidiert hatte.

Die Orange Revolution in der Ukraine Ende 2004 ließ dann viele Belarussen wieder daran glauben, dass ein friedlicher Machtwechsel in ihrem Land möglich ist: Sie versuchten nach den Präsidentschaftswahlen von 2006, den sogenannten »Belarussischen Maidan« oder »Ploschcha« zu organisieren. Der Protest endete jedoch in einem Desaster – etwa 700 Teilnehmer wurden verhaftet, darunter der Präsidentschaftskandidat Aljaksandr Kazulin, der zwei Jahre im Gefängnis verbrachte.

2010 versuchten oppositionelle Präsidentschaftskandidaten erneut, die Menschen zu Protesten aufzurufen, aber dieses Mal waren die Repressionen noch brutaler. Die Spezialeinheiten räumten den Unabhängigkeitsplatz in sieben Minuten von den Demonstranten, wobei sieben von acht oppositionellen Präsidentschaftskandidaten festgenommen wurden. In den folgenden Jahren schalteten die Behörden politische Gegner mit verschiedenen Methoden, wie Verhaftungen, Geldstrafen, Anwendung repressiver Gesetze usw., systematisch aus. Vor diesem

Hintergrund überrascht es nicht, dass die Präsidentschaftswahlen von 2015 die ersten in der Geschichte von Belarus waren, bei denen die Mehrheit der protestwilligen Bürger lieber zu Hause blieb, als gegen die unfairen Wahlen zu demonstrieren.

Wie schon in den vorangegangenen Jahren gab sich auch 2015 kaum jemand der Illusion hin, dass die Wahlen fair sein würden. Tatsächlich gewann Lukaschenka dann auch mit dem Rekordergebnis von 83 Prozent, während die Oppositionskandidatin Tatjana Karatkevitich, von der Bürgerbewegung »Die Wahrheit sagen«, als Zweitplatzierte nur 4 Prozent der Stimmen erhielt. Obwohl die OSZE-Vertreter zu dem Schluss kamen, dass das Wahlrecht im Verlauf der Wahlen vielfach verletzt worden war, versammelten sich diesmal nur einige Hundert Menschen auf dem zentralen Platz in Minsk, um gegen die Fälschungen zu demonstrieren.

Angesichts der dramatischen Eskalation des Euromaidans in der Ukraine war den Belarussen bewusst, dass zu massenhaften Toten und Verletzten führen kann, was als friedliche Revolution beginnt. Daher konnte die belarussische Opposition friedlichen Protest als mögliche Lösung für die belarussische Situation schwer vertreten: Bedenkt man Lukaschenkas Entschlossenheit, »seine Macht mit der Waffe in der Hand zu verteidigen«, sowie seine Kontrolle über die Strafverfolgungsbehörden, war klar, dass ein Euromaidan-Szenario in Belarus noch fatalere Konsequenzen haben könnte.

2016, im Jahr der Parlamentswahlen, konnte so ein weiterer Rückgang der Protestaktivitäten beobachtet werden. Laut einer Umfrage des in Litauen registrierten unabhängigen belarussischen Meinungsforschungsinstituts IISEP im Juni 2016 waren nur 15 Prozent der Belarussen bereit, auf die Straße zu gehen, um einen Wan-

del im Land herbeizuführen. Obwohl etwa 36 Prozent der Belarussen die Fälschung der Ergebnisse der Parlamentswahlen erwarteten, hatte eine Versammlung für faire Wahlen nur 300 bis 500 Teilnehmer. Diese Entwicklungen waren nicht allein auf die brutalen Repressionen der Strafverfolgungsbehörden in der Vergangenheit zurückzuführen, sondern auch auf die Fähigkeit der belarussischen Gesellschaft, sich mit den schlechter werdenden Bedingungen zu arrangieren statt gegen sie zu protestieren. 66 Prozent waren sicher, dass Veränderungen im Land notwendig sind. Die Parlamentswahlen brachten dann doch ein unerwartetes Ergebnis, denn zum ersten Mal seit den 1990er Jahren wurden zwei Oppositionskandidaten im Parlament zugelassen.

Organisatoren von Protestaktionen

Laut bis zum 21.11.2016 erhobenen und über tut.by, naviny.by und spring96.org abgerufenen Daten gab es 2016 insgesamt 49 kollektive Protestaktionen mit mindestens 50 Teilnehmern. 28 wurden von Unternehmern organisiert und weitere 21 von politischen Parteien und Bewegungen (wie Za svobodu, Vereinigte Bürger-schaftliche Partei von Belarus, Belarussische Christdemokraten, Belarussische Volksfrontpartei, Eurapeiskaja Belarus, Razam und anderen). Die aktivsten Akteure waren die Bewegung Jugendfront und die Belarussische Volksfrontpartei, die bei 18 der 21 politischen Aktionen beteiligt waren. Die Kommunisten organisierten eine Protestaktion.

Die Bewegung Jugendfront ist eine internationale demokratische Jugendbewegung, die 1997 im Zuge des Heißen Frühlings gegründet wurde, aus Protest gegen das 1996 von Lukaschenka initiierte Verfassungsreferendum und die Integrationspolitik mit Russland. Die Jugendfront organisierten 2016 elf Aktionen, darunter mit größter Sichtbarkeit die »Nationalfahnen-Avenue«, bei der Aktivisten mit weiß-rot-weißen Fahnen, dem wichtigsten Symbol der Opposition, entlang der Hauptstraße in Minsk standen, um zur Feier des Unabhängigkeitstags gegen die Errichtung eines Lenin-Denkmal in der Nähe der Minsker Traktorenwerke zu protestieren. Ein Hauptthema der anderen Aktionen der Jugendfront war die »national-orientierte« Erziehung basierend auf christlichen Werten. Der Anführer der Bewegung, Dmitri (Smitser) Daschkewitsch, ein ehemaliger politischer Gefangener, wurde etliche Male präventiv festgenommen und von der Polizei wiederholt misshandelt.

Die Partei Belarussische Volksfront, entstanden aus der zivilgesellschaftlichen Bewegung Belarussische Volksfront Renaissance, die 1988 von Sjanon Pasnjak gegründet wurde, organisierte acht Aktionen, darunter Dziady, Dzen Voli und Charnobylski Schlyakh. Die wichtigsten Anliegen dieser Aktionen waren die Förde-

rung der belarussischen Sprache und Kultur sowie die Demokratisierung des Landes.

Eine weiterer von der Fahrradbewegung Critical Mass organisierter Protest wurde wegen der brutalen Maßnahmen der Polizei zur Auflösung der Aktion in den Massenmedien stark beachtet.

Proteste der Unternehmer

Mit Bezug auf die schlechter werdende wirtschaftliche Situation traten nur die Privatunternehmer 2016 für ihre Interessen ein. Sie forderten die Abschaffung des Dekrets 222, das Unternehmer zur Zertifizierung im Ausland erworbener Waren verpflichtet, was viel Zeit und Geld kostet und ein Handelshindernis darstellt sowie verbesserte Bedingungen für den Handel. Insgesamt organisierten sie etwa 28 Aktionen in Minsk und regionalen Städten.

Der Höhepunkt der Proteste, die von Privatunternehmern (M. Statkewitsch, A. Schumtschenko und A. Makajew) organisiert wurden, lag dabei am Jahresanfang. Im Januar gab es zwölf Protestaktionen, im Februar zehn, im März vier und zwei im April. Die größten Aktionen fanden am 15. Februar in Minsk (mit etwa tausend Teilnehmern) und am 19. und 29. Januar in Homel statt (mit 500 bzw. 600 Teilnehmern).

Außerdem führten die Vertreter der Privatunternehmer zwei Foren durch (ein weiteres wurde abgesagt), auf denen sie mit den Behörden über die Abschaffung des Dekrets 222 verhandelten. Nachdem ihren Forderungen nicht entsprochen wurde, wurden die Parolen der Unternehmer politischer, die erste Aktion mit politischen Slogans fand am 22. Februar statt. Letzten Endes traf sich Präsident Aljaksandr Lukaschenka selbst mit den Aktivisten und erlaubte ihnen, ohne Dokumente zu arbeiten, warnte sie jedoch, dass der Steuersatz für sie allmählich steigen würde.

»Traditionelle« Protestaktionen

Das offizielle belarussische Geschichtsbild beschreibt die politische Entwicklung des Landes entlang der Sowjetvergangenheit, mit dem Sieg im Zweiten Weltkrieg als Gründungsmythos. National-orientierte belarussische Intellektuelle hingegen datieren die Entstehung des belarussischen Staates auf die 1918 gegründete Volksrepublik Belarus zurück und kämpfen für die Wiederbelebung der belarussischen Kultur und Sprache. Die nationale Opposition hat dementsprechend ihren eigenen Kalender mit Gedenktagen, an denen traditionell Demonstrationen und Protestversammlungen organisiert werden. Die wichtigsten Gedenktage sind der *Dzen Voli* (Freiheitstag), der *Dziady* (Großväter, Allerseelen) und der *Charnobylski Schlyakh* (Tschernobyl-Pfad). Der Freiheitstag am 25. März dient der Erinnerung an die

Gründung der Belarussischen Volksrepublik. Allerseelen am 2. November ist ein traditioneller Totengedenktag, der nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der Aufdeckung der Wahrheit über die Massenexekutionen von 1930 bis 1940 in Kurapaty politisiert wurde. Die Belarussische Volksfront veranstaltete in der Regel einen Marsch, bei dem Kreuze aufgestellt wurden – als Symbol dafür, dass die Opfer der stalinistischen Repressionen im öffentlichen Gedächtnis präsent bleiben werden. *Charnobylski Schlyakh* (Tschernobyl-Pfad) ist eine Protestaktion, die traditionell am 26. April stattfindet, dem Tag der Tschernobyl-Katastrophe. Die Teilnehmer dieser Aktion protestieren aktuell auch gegen Lukaschenkas Entscheidung, ein neues Kernkraftwerk im belarussischen Astrawez zu errichten.

In der Regel ziehen die Veranstaltungen zu den wichtigsten Feiertagen des alternativen Kalenders eine bedeutende Menge von Menschen an – nicht so jedoch 2016: Nur ein paar Hundert Menschen nahmen an den rituellen Feierlichkeiten von *Charnobylski Schlyakh* (700), *Dzen Voli* (1000) und *Dziady* (170) teil. Interessant ist, dass diese drei Aktionen die einzigen Protestaktionen waren, die die Behörden genehmigten, da sie diese »rituellen« Veranstaltungen offensichtlich nicht als Bedrohung ansehen.

Themen und Parolen

Das Themenspektrum, das die Aktivisten mit den Protesten im Jahr 2016 abdeckten, ist groß. Im Rahmen der »traditionellen« Aktionen wie *Dzen Voli*, das üblicherweise von allen oppositionellen Kräften begangen wird, verwendeten die Aktivisten eine große Bandbreite an politischen, wirtschaftlichen und sozialen Parolen. Sie drückten Besorgnis über die aggressiven Aktionen Russlands gegenüber der Ukraine aus und unterstützten die inhaftierte ukrainische Offizierin N. Sawtschenko (»Putler tötet Sawtschenko«, »Freiheit für Nadija Sawtschenko«, »Freiheit dem Volk, Tod dem Empire«, »Ehre der Ukraine, Ehre den Helden), sie protestierten gegen die ineffiziente Sozialpolitik (»Wegen der Tschernobyl-Tragödie muss das Rentenalter für Männer und Frauen in Homel, Mahileu und der Region Brest auf 60 bzw. 55 Jahre gesenkt werden!«, »Dass er wie ein Maultier arbeitet, liegt an seinem Hundeleben als Pensionär«, »Wir wollen Pflanzen, Jobs, anständige Pensionen, Löhne, Stipendien, Sozialhilfen und Gesetze zurück und keine Präsidialerlasse«), traten für das Recht auf friedlichen Protest ein (»Die Volksrepublik Belarus entstand ohne Genehmigung durch das Minsker Stadtexekutivkomitee!«, »Volk von Belarus! Nieder mit dem Käfig der Luka-Gesetze, verteidigt unser Recht auf friedlichen Protest.«) Außerdem gab es zahllose Motivationsparolen, die sich an die Leute richteten, die lie-

ber zu Hause blieben als zu protestieren (»Das ist nicht dein Business? Dein Business wird in der ersten Runde übernommen«, »22 Jahre im Gefängnis. Wir lechzen nach Freiheit!«, »Freiheit schafft man nicht durch Forderungen, sondern durch Kampf« etc.).

Die Unternehmer bezogen sich zuerst hauptsächlich auf ökonomische Forderungen (sie reichten von speziellen wie »Einzelne Unternehmer sollten nicht für Lieferpapiere zuständig sein!«, »Dekret 222 bedeutet steigende Preise und steigende Arbeitslosigkeit!« bis hin zu allgemeinen: »SOS! Rettet die Wirtschaft!«, »Freiheit für kleine Betriebe!«, »Nein zur Verarmung des Volks«). Als die Verhandlungen mit der Regierung gescheitert waren, wurden die Parolen politischer (»Unternehmer sind ehrliche Leute, die Behörden Banditen!«, »Nur Ploschcha macht Kleinstädter zu echten Bürgern«). Nachdem sich die Führer der Opposition den Aktionen angeschlossen hatten, waren traditionelle politische Parolen wie »Belarus nach Europa« und »Lang lebe Belarus!« zu hören.

Auch die Vereinigte Bürgerschaftliche Partei von Belarus und die Belarussische Volksfrontpartei organisierten eine Reihe von Aktionen, um die festgenommenen Aktivisten der Critical Mass-Bewegung (D. Polienko und S. Konowalow) und den regierungskritischen Blogger A. Paltschys zu unterstützen. Die Aktivisten trugen Banner, auf denen es hieß: »Ich bin auch Critical Mass« und »Aufstehen gegen unrechtmäßige Aktionen von Staatsanwaltschaft und Gerichten!«.

Außerdem hielten die Aktivisten eine Reihe von Mahnwachen zu speziellen Anlässen ab, etwa zur Unterstützung von Sawtschenko (in der Nähe der russischen Botschaft) oder gegen den Bau einer Schweinefarm in Maladschechna. Mitglieder der Jugendfront hielten eine Dauermahnwache auf dem zentralen Platz in Minsk ab, um Unterschriften für die Anerkennung der weiß-rot-weißen Fahne als Nationalerbe zu sammeln.

Aktionsrepertoire

Bei den meisten Protesten griffen die Aktivisten auf ein bewährtes Repertoire zurück und reduzierten Improvisationen auf ein Minimum. Besonders gilt das für die »traditionellen« Aktionen wie *Charnobylski Schlyakh*, *Dzen Voli* and *Dziady*. Die Teilnehmer trugen weiß-rot-weißen Fahnen und politische Bannern und riefen auf der vom Minsker Stadtexekutivkomitee bestimmten Route Parolen wie »Lang lebe Belarus!«, »Belarus nach Europa!« und »Zusammen!«. Anschließend gab es eine kurze Versammlung. Im Rahmen des *Dziady* errichteten die Aktivisten in Kurapaty Kreuze, entzündeten Kerzen und legten Blumen nieder. Am Ende von *Charnobylski Schlyakh* stimmten die Menschen ein gemeinsames Gebet zum Gedenken an die Opfer der Tschernobyl-Tragödie an.

Um ihre Solidarität mit Palchys und Critical Mass auszudrücken, bildeten Aktivisten die sogenannten »Ketten der Solidarität«: Sie stellten sich in der Nähe des Gerichts auf, an dem der Prozess stattfand und zeigten Porträts der Inhaftierten. Einige Aktionen beinhalteten Performance-Elemente: Bei der Veranstaltung anlässlich des Jahrestags von »Ploschcha 2006« spielten Teilnehmer beispielsweise die Auflösung des Zeltcamps am Kastychnizkaya-Platz nach.

die Unternehmer bewegten sich anfangs innerhalb des gesetzlichen Rahmens: Sie versuchten, ihre Anliegen durch Treffen mit Behördenvertretern zu erreichen, sowie durch die Organisation von durch die Regierung genehmigten Foren. Zudem nahmen sie bewusst Abstand von einer Kooperation mit der politischen Opposition, durch die sie nicht diskreditiert werden wollten. Nachdem die Verhandlungen nicht erfolgreich waren, wandten sie sich den Protesten zu, die sowohl in regionalen Städten als auch in der Hauptstadt stattfanden.

Repressionen

Die Behörden setzten 2016 eine große Bandbreite an Mitteln zur Verhinderung oder Minimierung von Protesten ein. Brutale Gewalt kam zwar selten zum Einsatz, die Strafverfolgungsbehörden setzten jedoch schwächere Repressionen gegen die Aktivisten ein, etwa präventive Festnahmen, Geldstrafen, behördliche Drohung mit Ausschluss aus der Universität oder Entlassung vom Arbeitsplatz gegen Protestteilnehmer. Die Organisatoren der Protestaktionen wurden in der Regel mit Geldstrafen belegt.

Grundlage hierfür sind die repressiven Gesetze zur Regulierung von Massenveranstaltungen. Wie in Artikel 10 des Gesetzes »Über Massenveranstaltungen in Belarus« ausgeführt, das laut Einschätzung der OSZE und der Venedig-Kommission internationale Standards nicht erfüllt, sollen die Organisatoren vor jeder Versammlung einer Vereinbarung mit lokalen und regionalen Behörden über die Aufrechterhaltung der Ordnung auf der jeweiligen Massenveranstaltung zustimmen. Anschließend werden sie angehalten, die Sanitärerdienste und die Straßenreinigung zu zahlen – eine Summe, die sich auf drei- bis fünftausend US-Dollar beläuft.

Viele Aktivisten wurden wegen der Verletzung des Massenversammlungsrechts mit Geldstrafen belegt: Sergej Palschewsky, Alexandr Makajew, Julia Stepanowa, Artem Tschernjak, Anatoly Schimtschenko, Grigory Kostusew und Ales Mech, um nur einige zu nennen. Einige von ihnen mussten enorme Geldsummen bezahlen. Der Aktivist der Belarussischen Christdemokraten P. Sewerinez zahlte zum Beispiel viertausend US-Dollar für

die Organisation von acht Versammlungen. Außerdem genehmigten die Behörden gerade einmal drei der 49 Protestaktionen, die im Laufe des Jahres stattfanden, so dass Aktivisten auf legale Weise wegen der Teilnahme an »illegalen« Aktionen verfolgt werden konnten.

Diese Maßnahmen sind zwar nicht verpflichtend, die Behörden können diese Bestimmung aber willkürlich einsetzen, um die Organisatoren mit Geldstrafen zu belegen oder wegen unerwünschter Versammlungen festzunehmen. Gleichzeitig laufen Massenversammlungen zur Unterstützung der Regierung in der Regel ohne irgendwelche Probleme ab.

Von der im Großen und Ganzen eher »milden« Behandlung der Protestierenden im Jahr 2016 gab es zwei Ausnahmen: Spezialkräfte haben sechs Mitglieder der Fahrradbewegung »Critical Mass« während einer ihrer regulären Versammlungen brutal zusammengeschlagen und verhaftet, obwohl die Bewegung selbst sich von politischen Themen distanziert und sich auf die Forderung nach städtischer Infrastruktur für Fahrradfahrer konzentriert. Über zwei Aktivisten wurde eine polizeiliche Akte angelegt und einer, Dmitry Polienko, wurde wegen Gewalt gegen einen Polizisten und der Verbreitung pornographischen Materials verurteilt. (Der Vorwurf der Verbreitung pornographischen Materials bezog sich darauf, dass er ein Video eines belarussischen Musikkkanals über seinen Account in den Sozialen Medien geteilt hatte.)

Auch gegen den Jugendfront-Aktivistin Daschke-witsch setzten Polizisten Gewalt ein, er versuchte, die feierliche Enthüllung eines Lenin-Gedenkorts in der Nähe der Minsker Traktorenwerke zu sabotieren. Er sagte aus, im Gefängniswagen geschlagen und sogar gefoltert worden zu sein; anschließend wurde er mit einer Geldstrafe wegen Gewalt gegen einen Offizier der Spezialkräfte belegt.

Resümee

Das geringe Ausmaß der Proteste im Jahr 2016 kann als Folge von Prozessen angesehen werden, die bis 2011 zurückreichen. Die Strafverfolgungsbehörden eliminierten von 2011 bis 2013 jede potentielle Protestquelle und trieben damit die Kosten einer Teilnahme an kollektiven Aktionen für gewöhnliche Bürger dramatisch in die Höhe. Sie begannen, Menschen wegen des kleinsten Hinweises auf Protest brutal zu verfolgen: Etliche Aktivisten wurden sogar lediglich für das Teilen politisch aufgeladener Karikaturen über ihre Accounts in den Sozialen Medien mit Geldbußen belegt.

Die Praxis der präventiven Festnahmen von Aktivisten erwies sich als wirksame Maßnahme: Vor den wichtigen Terminen des oppositionellen Gedenkkalenders oder vor oppositionellen Massenaktionen wurden Akti-

visten unter dem Vorwand der Übertretung verschiedener Gesetze inhaftiert. Nach zehn bis fünfzehn Tagen Haft wegen ordnungswidrigen Verhaltens konnte es vorkommen, dass sie zu einer weiteren anschließenden Haft verurteilt wurden. Sogar Mahnwachen und Performances wurden eher selten, denn die Gerichte verhängten Geldstrafen für jede Art von Parole, die die Aktivisten verwendeten.

2011 waren auch kleinere Zusammenschlüsse von Akteuren wie Online-Communities und zivilgesellschaftliche Bewegungen in der Lage, große Proteste zu organisieren, die zehn- bis fünfzehntausend Teilnehmer anzogen. 2016 nahmen an der größten Protestaktion bloß tausend Menschen teil. Nur insgesamt drei von 49 Aktionen (inklusive Mahnwachen) wurden von den Behörden genehmigt: Es ist klar, dass die Strafverfolgungsbehörden die »rituellen« und hochsymbolischen Anlässe Charnobylski Schlyakh, Dzen Voli and Dziady nicht als potentielle Bedrohung des Regimes ansahen. Aus diesem Grund fanden diese Aktionen weit weg vom Stadtzentrum statt und hielten sich streng an die vom Minsker Stadtexekutivkomitee vorgegebenen Auflagen.

Die Eskalation des ukrainische Euromaidan war der letzte Nagel im Sarg der belarussischen Massenpro-

teste von 2015/2016. Von der Orangen Revolution inspirierte Aktivisten, die die wohl denkwürdigste und einflussreichste Protestveranstaltung in der belarussischen Geschichte organisiert hatten, realisierten plötzlich, dass eine friedliche Revolution in gewaltsame Kämpfe mit Sondereinheiten der Polizei und im Innern eingesetzte Militäreinheiten münden kann. Im belarussischen Kontext hätte eine größer angelegte Revolution vom Format der ukrainischen brutalere Folgen haben können, denn Lukaschenka hält die Strafverfolgungsbehörden und die politischen Eliten unter seiner strengen Kontrolle. Zudem könnte ein belarussischer Maidan eine noch aggressivere Reaktion Russlands auslösen.

Im Ergebnis halten die Vertreter der belarussischen Opposition friedliche Massenproteste gegen das politische Regime in Belarus nicht mehr für anwendbar. Stattdessen setzen sie auf soziale Unruhen, die aus der rapiden Verschlechterung der Wirtschaft resultieren könnten, wie etwa der Oppositionspolitiker Aljaksandr Milinkewitsch in einem Interview erklärt. Doch selbst diese Perspektive scheint unrealistisch, denn laut IISEPS-Umfragen passen die Belarussen sich lieber schlechter werdenden Bedingungen an als gegen sie zu protestieren.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über den Autor

Dr. Vasil Navumau ist mit Förderung durch den DAAD Gastwissenschaftler der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. In diesem Jahr ist seine Analyse der belarussischen Proteste von 2006 als Buch erschienen.

Im Text zitierte Literatur

- Dynko, Andrej & Bulhakau, Valer (Hg.) (2011): Chryščenne nacyi. Masavyja akcyi 1988–2009 [The baptism of a nation: Mass rallies in Belarus in 1988–2009], Belaruskaje historyčnaje tavarystva; Vilnja: Instytut belarussistyki; Minsk: Palityčnaja sfera
- IISEPS Meinungsumfragen: <<http://www.iiseps.org/?p=4703>, <http://www.iiseps.org/?p=4072>>
- Milinkewitsch, Aljaksandr (2016): Interview mit Radio Svoboda, <<http://www.svaboda.org/a/27620580.html>>
- Navumau, Vasil (2016): The Belarusian Maidan in 2006. A New Social Movement Approach to the Tent Camp Protest in Minsk, Verlag Peter Lang.
- OSZE-Abschlussbericht zu den Präsidentschaftswahlen 2015 in Belarus: <<http://www.osce.org/ru/odihr/elections/belarus/221346?download=true>>
- Yahorau, Andrei (2008): Massovyje politicheskie akcii v Belarusi: problemy analiza [Mass political actions in Belarus: The problems of analysis], Palityčnaja sfera, 10, 79–92

17. Oktober – 18. Dezember 2016

17.10.2016	Der Außenminister von Belarus, Uladsimir Makej, gibt der polnischen Zeitung »Rzeczpospolita« ein Interview. Er bietet eine Bestandsaufnahme der Beziehungen zwischen Belarus und Polen, die positive Perspektiven hätten, trotz sensibler Momente in den bilateralen Beziehungen. Er erklärt auch, dass sich die belarussische Nation immer noch im Prozess der Identitätsbildung befinde und man deshalb die belarussische Sprache fördern solle.
17.10.2016	Zwei oppositionelle Aktivisten – Pawel Prakapowitsch und Sjarhei Strybulski – werden von einem Minsker Gericht wegen ihrer Teilnahme an einer Kundgebung vor der Botschaft Russlands am 8. September, die dem 502. Jahrestag der Schlacht bei Orscha im Zuge des Russisch-Litauischen Krieges 1512–1522 gewidmet wurde, zu Geldstrafen in Höhe von 1050 BYR (umgerechnet knapp 500 Euro) und 210 BYR (umgerechnet knapp 100 Euro) verurteilt.
17.–18.10.2016	Zwei weitere oppositionelle Aktivisten – Wital Rymaschewski und Pawel Sevjarynec – werden von zwei Minsker Gerichten wegen ihrer Teilnahme an einer nicht genehmigten Kundgebung »Für neue Wahlen« am 12. September in Minsk zu Geldstrafen in Höhe von 840 BYR (umgerechnet knapp 400 Euro) und 1050 BYR (umgerechnet knapp 500 Euro) verurteilt.
18.10.2016	Das US-Finanzministerium verlängert erneut die Aussetzung der am 16. Juni 2006 eingeführten Sanktionen gegen neun belarussische Unternehmen. Zum letzten Mal wurde die Aussetzung am 29. April 2016 verlängert. Die Sanktionen sehen die Vermögenssperrung der betroffenen Unternehmen vor, allerdings sind Transaktionen mit den Unternehmen erlaubt. Das belarussische Außenministerium begrüßt den Beschluss der USA, erklärt allerdings, dass die vollständige Aufhebung der Sanktionen noch mehr zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen beitragen würde.
18.10.2016	Die stellvertretende US-Staatssekretärin im Büro für europäische und eurasische Angelegenheiten, Bridget Brink, trifft sich in Minsk mit dem Außenminister von Belarus, Uladsimir Makej, sowie mit Vertretern der Opposition und der Zivilgesellschaft, um die aktuellen Beziehungen zwischen Belarus und den USA zu besprechen. Das US-Außenministerium rechne mit einer weiteren Verbesserung der belarussisch-amerikanischen Beziehungen, wobei die Lockerung der Sanktionen zur Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit von Belarus, seiner Souveränität und territorialen Integrität beitragen werde, so Brink. Bridget Brink bestätigt, dass die Entscheidung über die Aussetzung der Sanktionen im Hinblick auf die Durchführung der Parlamentswahlen in Belarus getroffen wurde.
19.–21.10.2016	Eine Delegation unter Leitung des Vizepremiers von Belarus, Anatol Kalinin, hält sich zu einem offiziellen Besuch in Belgien auf. Es werden u. a. Verhandlungen mit dem EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, Johannes Hahn, sowie mit der EU-Kommissarin für Verkehr, Violeta Bulc, durchgeführt. Dabei wird u. a. die Teilnahme von Belarus an der »Östliche Partnerschaft« erörtert. Kalinin drückt den Wunsch nach vollständiger Abschaffung der EU-Sanktionen gegen Belarus aus.
21.10.2016	Die 45. Generalversammlung des Europäischen Olympischen Komitees entscheidet bei einer Abstimmung in Minsk, dass die zweiten Europäischen Spiele 2019 in Belarus durchgeführt werden. Der Präsident von Belarus, Aliaksandr Lukaschenka, nennt diese Entscheidung historisch.
21.10.2016	Belarus ratifiziert die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung.
24.10.2016	Der polnische Vizepremier und Minister für Entwicklung und Finanzen, Mateusz Moravetsky, besucht Belarus, um am jährlichen belarussisch-polnischen Wirtschaftsforum »Nachbarschaft-2016« teilzunehmen. Moravetsky trifft sich u. a. mit dem belarussischen Präsidenten, Aliaksandr Lukaschenka, um vor allem die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu besprechen. Der stellvertretende Außenminister von Belarus, Walian-tin Rybakou, kündigt in diesem Zusammenhang an, Belarus könnte seine Beziehungen mit den westlichen Staaten wesentlich verbessern.
26.10.2016	Die trilaterale Kontaktgruppe zur Beilegung der Ukraine-Krise tagt erneut in Minsk.
26.10.2016	Die Regierung von Belarus verabschiedet den Plan zur Umsetzung der Empfehlungen des <i>Universal Periodic Review</i> (UPR) der Organisation der Vereinten Nationen für Belarus für den Zeitraum 2016–2019. UPR ist ein UNO-Mechanismus für die Kontrolle der Menschenrechtssituation weltweit. Die Leiterin der EU-Vertretung in Belarus, Andrea Wiktorin, begrüßt die Verabschiedung des Regierungsplans.

27.10.2016	Der Leiter der Informationsverwaltung und Pressesprecher des belarussischen Außenministeriums, Dzmitry Mirontschyk, reagiert auf die Debatte des EU-Parlaments zu Belarus vom Vortag. Er hebt hervor, dass es neben den traditionell kritischen Erklärungen auch einige positive Einschätzungen der Entwicklungen in Belarus gab. Belarus sei an einer Normalisierung der Beziehungen mit der EU interessiert, diese müsse allerdings von einer gleichberechtigten partnerschaftlichen Grundlage ausgehen. Dafür sei die Verabschiedung einer Rahmenvereinbarung zwischen Belarus und der EU im Interesse beider Seiten.
27.10.2016	Der UN-Sonderbeauftragte für Menschenrechte in Belarus, Miklos Haraszi, legt dem UN-Menschenrechtsrat seinen Bericht zur aktuellen Menschenrechtssituation in Belarus vor. Kritisiert werden u. a. die Anwendung der Todesstrafe, die Verfolgung von Aktivisten und die Intransparenz der Wahlen. Als positive Tendenzen genannt werden u. a. die Freilassung von politischen Gefangenen, die Ratifizierung der Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und die Verabschiedung des Plans zur Umsetzung der Empfehlungen des <i>Universal Periodic Review</i> (UPR).
28.10.2016	Ein Minsker Gericht verurteilt den belarussischen Blogger, Eduard Paltschys, zu 21 Monaten Freiheitsbeschränkung wegen der »Hetze aufgrund von Rasse, Nationalität, Religion, Sprache oder anderer sozialen Zugehörigkeit« und der »Herstellung und Verbreitung von pornographischen Materialien«. Paltschys hat auf der von ihm gegründeten Webseite 1863x.com politische Texte mit Kritik an belarussischen und russischen Behörden veröffentlicht. Vertreter der demokratischen Parteien und Menschenrechtler in Belarus betrachten Paltschys als politischen Gefangener.
28.10.2016	Präsident Aliaksandr Lukaschenka trifft sich in Minsk mit den Leitern der Regierungsdelegationen der EAWU (Eurasische Wirtschaftsunion) und der GUS (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten). Während der Sitzung spricht der Präsident u. a. über zahlreiche Probleme in der Kooperation innerhalb der Organisationen und stellt die Frage nach der Effektivität und dem endgültigen Ziel der beiden Integrationsprozesse.
29.10.2016	In Minsk finden mehrere von der Opposition organisierte Aktionen zum Gedenktag an die Opfer der stalinistischen Repressionen statt. Am 16. November werden einige Teilnehmende einer Aktion vor dem KGB-Gebäude wegen ihrer Teilnahme an einer nicht genehmigten Aktion zu Geldstrafen verurteilt.
30.10.2016	Anlässlich des Totengedenktags »Dsjady« organisiert die Belarussische Konservative Partei (BNF) mit Genehmigung der Stadt Minsk einen Gedenkzug, der mit einer Kundgebung in Kurapaty endet. Etwa 150 Menschen nehmen an der Kundgebung teil. 1988 hatte der BNF-Gründer Sjanon Pasnjak erstmals die stalinistischen Massenerschießungen, die während der 1930er Jahre in Kurapaty stattfanden, öffentlich gemacht. Seitdem finden jährlich Veranstaltungen in Kurapaty statt.
29.–30.10.2016	Der Präsident von Belarus, Aliaksandr Lukaschenka, hält sich zu einem Arbeitsbesuch in Katar auf, und trifft sich u. a. mit dem Emir Katars, Scheich Tamim bin Hamad Al Thani. Im Ergebnis wird ein Paket von Dokumenten über die Entwicklung der Zusammenarbeit im Gesundheitswesen, in Wissenschaft und Forschung sowie im Finanzbereich unterzeichnet.
30.–05.11.2016	Während eines offiziellen Besuchs führt Aliaksandr Lukaschenka Verhandlungen mit dem Kronprinz von Abu Dhabi und Vize-Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinten Arabischen Emirate, Scheich Mohammed Bin Zayed Al Nahyan. Besprochen werden Projekte in den Bereichen Handel, Wirtschaft, Investitionen, Hochtechnologien, rüstungstechnische Zusammenarbeit, Wissenschaft und wissenschaftlich-industrielle Kooperation.
03.11.2016	Die Leiterin des Büros der Generaldirektion für Programme des Europarates, Verena Taylor, gibt bekannt, dass das Ministerkomitee des Europarates den ersten Aktionsplan für die Zusammenarbeit mit Belarus für 2016–2017 bewilligt hat. Der Aktionsplan wurde vom Europarat in Zusammenarbeit mit Vertretern von Belarus vorbereitet. Zu den im Aktionsplan genannten Prioritäten gehören Menschenrechtsschutz, Rechtsstaatlichkeit, Förderung der demokratischen Regierungsführung und Bürgerbeteiligung.
09.11.2016	Die trilaterale Kontaktgruppe zur Beilegung der Ukraine-Krise tagt in Minsk.
11.11.2016	Der Präsident der Türkei, Recep Tayyip Erdoğan, ist zum ersten Mal zu einem offiziellen Besuch in Belarus. Er führt Gespräche u. a. mit seinem Amtskollegen Lukaschenka und Außenminister Makej und nimmt am belarussisch-türkischen Businessforum teil. Erdoğan dankt Belarus für eine »objektive und neutrale« Position im Bezug auf die türkisch-russischen Beziehungen. Es werden u. a. Abkommen über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Atomnutzung und im Katastrophenschutz, in den Bereichen Handel, Wissenschaft und Technologien unterzeichnet.

16.11.2016	Das belarussische Außenministerium erklärt in Reaktion auf den gescheiterten Versuch der belarussischen UNO-Delegation, die Verabschiedung der Resolution zur Lage der Menschenrechte auf der Krim zu verschieben, dass Belarus generell gegen alle länderspezifischen Resolutionen sei und darüber hinaus zum Thema Menschenrechte ein anderes UNO-Instrument, der <i>Universal Periodic Review</i> (UPR), existiere.
16.–17.11.2016	Eine EU-Delegation unter Leitung des Exekutivdirektors für Europa und Zentralasien im Europäischen Auswärtigen Dienst, Thomas Mayr-Harting, nimmt in Minsk an der zweiten Sitzung der Koordinationsgruppe Belarus-EU teil. Die belarussische Delegation wird von der stellvertretenden Außenministerin, Aljona Kuptschyna, geleitet. Gesprächsthemen sind die Beziehungen zwischen Belarus und der EU, darunter die Teilnahme von Belarus an der »Östlichen Partnerschaft«, das Zusammenwirken im Bereich Mobilität, der Zustand der sektoralen Dialoge, die Intensivierung der Zusammenarbeit bei technischer Hilfe sowie im Bereich der Menschenrechte.
17.11.2016	Präsident Lukaschenka gibt regionalen Medien aus Russland eine Pressekonferenz. Dabei erklärt er u. a., dass Belarus sich wesentlich für die Wirtschaftsinteressen Russlands einsetzt, dass Belarus und Russland sich in den Schlüsselfragen der internationalen Politik einigen, dass Belarus sich aber Sorgen wegen möglicher Desintegrationsprozesse innerhalb der Eurasischen Wirtschaftsunion mache, da Russland die Integrationsprozesse bremse. Lukaschenka zeigt sich unzufrieden mit dem fehlenden Willen Russlands, belarussische Sender in Russland zu übertragen. In Reaktion auf Fragen zur »leichten Belarussifizierung« nennt der Präsident die russische Sprache »ein großes Erbe« für Belarus.
20.–21.11.2016	Eine Delegation aus Vertretern des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees der Europäischen Union, des Europäischen Auswärtigen Dienstes und der Europäischen Kommission hält sich zu einem offiziellen Besuch in Minsk auf und führt Gespräche u. a. mit Präsidenten Aliaksandr Lukaschenka, im Außenministerium sowie mit der Opposition. Der Vorsitzende des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees der EU, Walter Stevens, erklärt, die EU sei bereit, eine neue Seite in den Beziehungen mit Belarus aufzuschlagen. Die Delegation schlägt eine Reform des belarussischen Wahlgesetzes vor. Lukaschenka weist darauf hin, dass die EU zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Belarus beitragen kann.
22.11.2016	Präsident Aliaksandr Lukaschenka hält sich in Russland auf, um an der feierlichen Zeremonie anlässlich des 70. Geburtstags des Patriarchen von Moskau und ganz Russland Kirill teilzunehmen und ein Arbeitsgespräch, vor allem zum Thema Wirtschaftsbeziehungen, mit dem Präsidenten Russlands, Wladimir Putin, zu führen.
23.11.2016	Die trilaterale Kontaktgruppe zur Beilegung der Ukraine-Krise tagt erneut in Minsk.
24.11.2016	Das EU-Parlament verabschiedet eine Resolution zu Belarus, die den demokratischen Fortschritt in Belarus für nicht ausreichend erklärt. Dazu würden u. a. folgende Probleme beitragen: neue politischen Gefangene, Verfolgung der Opposition, Anwendung der Todesstrafe und fehlende demokratischen Wahlen. Kritisiert wird auch die fehlende Sicherheit an der Baustelle des neuen AKW.
24.–26.11.2016	Nach einer sechsjährigen Pause findet in Belarus das Minsk Forum statt – eine internationale Konferenz, die Vertreter der Regierung, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft sowie der Opposition aus Deutschland, der EU und Belarus zusammenbringt. An der Konferenz nehmen u. a. die stellvertretende Außenministerin von Belarus, Aljona Kuptschyna, und der Leiter der Abteilung für bilaterale Beziehungen mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft im Europäischen Auswärtigen Dienst, Dirk Schübel, teil. Die Wiederaufnahme des Minsk Forums sei ein Zeichen der positiven Veränderungen in den Beziehungen zwischen der EU, Deutschland und Belarus, so Kuptschyna.
25.11.2016	Der Ministerpräsident der Slowakei, Robert Fico, trifft sich im Rahmen eines Arbeitsbesuchs in Belarus mit Präsident Aliaksandr Lukaschenka. Lukaschenka dankt der Slowakei für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Belarus und der Europäischen Union. Fico ist der Meinung, dass die Sanktionen schädlich sind und keinen Nutzen bringen.
27.11.2016	Die Leiterin der EU-Vertretung in Belarus, Andrea Wiktorin, kündigt an, die EU sei bereit, die Verhandlungen über den Abschluss eines bilateralen Abkommens mit Belarus zu beginnen, allerdings sollte Belarus dafür u. a. ein Moratorium auf die Vollstreckung der Todesstrafe einführen.
28.–29.11.2016	Der Präsident von Belarus, Aliaksandr Lukaschenka, ist zu einem offiziellen Besuch in Baku. Beim Treffen mit seinem Amtskollegen İlham Aliyev, erklärt Lukaschenka, Belarus sei bereit, mit Aserbaidschan im Ölbereich langfristig zusammenzuarbeiten.

28.11.– 01.12.2016	Belarussische Menschenrechtler geben bekannt, dass drei zur Todesstrafe verurteilten Personen – Iwan Kulesch, Sjarhei Hmialeuski und Henadz Jakawizki – angeblich am 5. November hingerichtet wurden. Der Europarat, die Europäische Union, das OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) sowie der UNO-Menschenrechtsrat rufen die politische Führung von Belarus im Nachhinein zur Einführung eines Moratoriums auf die Vollstreckung der Todesstrafe auf.
28.–30.11.2016	Der neue Leiter der Abteilung für Osteuropa des US-Department of State, Jorgan Andrews, hält sich zu einem Arbeitsbesuch in Belarus auf und führt Gespräche im Außenministerium sowie mit Vertretern von Medien, Opposition und Zivilgesellschaft.
29.11.2016	Das Außenministertreffen im Normandie-Format unter Beteiligung der Außenminister der Ukraine, Russlands, Deutschlands und Frankreichs (Pawel Klimkin, Sergej Lawrow, Frank-Walter Steinmeier und Jean-Marc Ayrault) findet ohne konkrete Ergebnisse in Minsk statt.
01.12.2016	Der Leiter der Menschenrechtsorganisation »Belarussisches Helsinki Komitee« Aleh Hulak wird zum Gewinner des deutsch-französischen Preises »Für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit« erklärt. Die Verleihungszeremonie findet in Berlin statt.
05.–06.12.2016	Eine Delegation unter Leitung des Marschalls des polnischen Senats, Stanisław Karczewski, ist zu einem Arbeitsbesuch in Belarus und führt Gespräche mit der Staatsführung sowie mit Vertretern von Opposition und Zivilgesellschaft. Präsident Aliaksandr Lukaschenka kündigt während des Treffens mit dem Marschall an, er rechne mit einem aktiven Dialog zwischen Belarus und Polen sowie damit, dass die beiden Länder ihre politischen Beziehungen auf das Niveau der wirtschaftlichen Beziehungen heben werden. Karczewski erklärt, dass Polen zur Brücke zwischen der EU und Belarus werden möchte. Der Vorsitzende des Rates der Republik der Nationalen Versammlung von Belarus, Michal Mjasnikowitsch, spricht u. a. das Problem der »Polen-Karte« (Karta Polaka) an, die den Bürgern der ehemaligen Sowjetunion, die polnische Wurzeln nachweisen können, der Erhalt einer Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis in Polen ermöglicht und dadurch die Auswanderung von Jugendlichen aus Belarus fördert.
06.–10.12.2016	Eine Wirtschaftsdelegation aus Belarus hält sich auf Einladung des US-Departement of State zu einem Arbeitsbesuch in Washington auf. Zur Delegation gehören u. a. der stellvertretende Leiter der Präsidialverwaltung Mikalaj Snapkou, der Assistent des Präsidenten Usewalad Jantscheuski sowie Vertreter der Nationalbank, des Finanzministeriums, des Ministeriums für Wirtschaft. Es werden konkrete Vereinbarungen über die Zusammenarbeit in den Bereichen Finanzen und Investitionen, Hochtechnologie, Landwirtschaft und Energie geschlossen.
07.12.2016	Die trilaterale Kontaktgruppe zur Beilegung der Ukraine-Krise tagt erneut in Minsk.
09.12.2016	Der Abschlussbericht des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) über die Parlamentswahlen in Belarus am 11. September 2016 wird veröffentlicht. Laut dem Bericht wurden die Wahlen gut organisiert, allerdings sind mehrere systematische Probleme nicht gelöst worden, die meisten Empfehlungen des ODIHR sind nicht umgesetzt worden, wobei der Prozess der Stimmzählung nicht ausreichend transparent war.
13.12.2016	In Minsk findet eine Konferenz zum Thema Todesstrafe statt. Der Direktor für politische Angelegenheiten des Europarates, Alexander Gessel, ist der Meinung, dass über die Todesstrafe nicht in einem Referendum entschieden werden solle. Der Berichterstatter des Ausschusses für politische Angelegenheiten und Demokratie der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE), Andrea Rigoni, schlägt vor, dass Belarus ein Moratorium auf die Vollstreckung der Todesstrafe einführt.

Zusammengestellt auf der Grundlage der Meldungen der Nachrichten-Agentur BelaPAN und der Homepage naviny.by.

Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <http://www.laender-analysen.de/belarus/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Heiko Pleines (verantwortlich), Olga Dryndova

Satz: Matthias Neumann

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 2192-1350 © 2016 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.



Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>